



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg



78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Radolfzell, 22.09.2006

PRESSEMITTEILUNG

Grüne fordern Rücknahme der Kürzungen bei der Landesförderung für Weiterbildung

Teilnehmerzahlen aus sozial schwächeren Schichten sinken

Ohne jede Vorwarnung hat die baden-württembergische Landesregierung mit Rückendeckung der Landtagsfraktionen von CDU und FDP mitten im laufenden Haushaltsjahr die Zuschüsse für die Weiterbildung um 10% gekürzt. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann kritisierte jetzt, dass in Stuttgart ohne jede Kenntnis der finanziellen Situation der Volkshochschulen und kirchlichen Weiterbildungsträger entschieden worden ist. Das geht aus der aktuellen Antwort der Landesregierung auf einen Antrag der Grünen hervor, die gefordert hatten, die Kürzungen zurück zu nehmen.

Bei einer Umfrage bei den Trägern der Weiterbildung hatte die Landtagsfraktion der Grünen ermittelt, dass die Kürzungen massive Probleme bereiten und etliche Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdet sind.

Lehmann: *"Die Antwort von Kultusminister Rau auf unseren Antrag ist entlarvend. Da ist man in Stuttgart mit dem Rasenmäher über die Zuschüsse drüber und hat blind gekürzt."* Von den Grünen zu den Auswirkungen der Kürzungen auf die Einrichtungen vor Ort befragt, antwortete der Minister: *"Es ist nicht bekannt, (...) welche konkreten Auswirkungen die Kürzung von knapp 10% der Landeszuschüsse auf die Arbeit der Träger haben."* Zum Vorwurf, die Kürzungen bedeuteten das Aus für 10% der Volkshochschulen, teilte der Minister mit: *"Die Landesregierung nimmt diese Aussage ernst, hat aber darüber keine konkreten Hinweise erhalten."* Weil die Landesregierung sich offenbar scheut, haben die Grünen punktuell selber mal bei den betroffenen Volkshochschulen nachgefragt.

Ergebnis: Die Kürzungen treffen überall hart und sind mit eigenen Mitteln längst nicht mehr aufzufangen. Etliche Einrichtungen fürchten ganz konkret um ihren Bestand. Die Landesförderung deckt im Durchschnitt mittlerweile nur noch knapp 6% der Kosten in den Einrichtungen. Der Bundesdurchschnitt beläuft sich hingegen auf 15%.

Aufgrund der hohen Kursgebühren sinkt seit 2 Jahren die Teilnehmerzahl besonders aus den sozial schwächeren Schichten. Im Ergebnis werden die Menschen von Weiterbildung ausgegrenzt, die sie z.B. für eine bessere berufliche Qualifikation dringend benötigen. Für etliche Träger stellt sich damit längst die Verfassungsfrage, denn das Land ist in der Verfassung zur Förderung verpflichtet. Der Eigenanteil dürfte nicht höher als 50% sein, wenn die Angebote allen Schichten zugänglich bleiben sollen, so die Forderung.

Die Programme für die Herbstsemester sind längst gedruckt, Anmeldungen sind da, Kursleiter sind vertraglich verpflichtet, Änderungen nicht mehr möglich. Die Einrichtungen werden daher das Jahr 2006 mit einem Defizit abschließen. Teilweise muss auf dringende Investitionen verzichtet werden. Beratungsleistungen müssen weiter eingeschränkt werden. Die meisten Einrichtungen sehen zu weiteren Gebührenerhöhungen ab dem 1. Semester 2007 keine Alternative. Und sie befürchten, dass weitere Teilnehmer dann weg bleiben werden. "Die stille Hoffnung des Landes, dass die Kommunen die Kürzungen kompensieren ist trügerisch", sagte Lehmann weiter. Die finanzielle Ausstattung der meisten Kommunen erlaubt keine höheren Zuwendungen an die Träger. Der Rückzug des Landes kann hingegen als Signal verstanden werden, die Tür mancher Volkshochschule zu schließen. "Es gibt in einzelnen Gemeinden entsprechende Überlegungen", so Lehmann. Dies aber wäre für die Weiterbildung fatal. Er appellierte daher an Landrat Hämmerle und die Bürgermeister, die Volkshochschulen jetzt nicht im Regen stehen zu lassen, sondern über ihre kommunalen Spitzenverbände auf das Land Druck zu machen.

Lehmann: "Wir brauchen jetzt auf allen Ebenen ein klares Bekenntnis zur Weiterbildung und seinen Trägern. Das Land muss sich zu seiner verfassungsmäßigen Aufgabe der Förderung bekennen, die Kürzungen zurück nehmen und den Trägern langfristige Sicherheit geben. Denn: Die Aufgaben der Weiterbildung wachsen, vor allem auch im Bereich der Integration. Die Menschen zu "lebenslanger Bildung" in Sonntagsreden und Wahlprogrammen auffordern, im politischen Alltag aber dafür die Basis zu entziehen, das passt nicht zusammen."